

Der Wahlkampf 1975 hat schon begonnen

Autor(en): **Adank, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **51 (1972)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-338498>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dr. Hans Adank

Der Wahlkampf 1975 hat schon begonnen

So kann man's lesen auf der Rückseite des «Profils» 11/1971. Während die Parteisekretariate sich über die Prozentrechnungen beugen, um irgendeinen «Trend» herauszudestillieren, dürfen wir doch auch einmal feststellen, dass mit Arithmetik nicht alles zu machen ist. Gäbe es ein Messinstrument für das politische Format, dann würden sich die Fraktionsstärken möglicherweise in einer andern Rangfolge präsentieren. 46 Sozialdemokraten können immer noch die stärkste Fraktion sein, wenn sie sich mit Eifer, Überzeugung und Hingabe für die Reform unseres Wirtschaftssystems einsetzen.

In der begonnenen Amtsperiode werden die Wirtschaftsprobleme eine hervorragende Rolle spielen. Im Vordergrund stehen die Wohnprobleme und die Konjunkturfragen. Wir dürfen volles Vertrauen haben, dass die SP-Fraktion alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um eine für die Arbeiterschaft befriedigende Lösung zu erkämpfen. Es steht zu hoffen, dass die Räte Vorlagen ausarbeiten werden, denen unsere Vertreter vielleicht nicht hundertprozentig, aber doch mit gutem Gewissen zustimmen können.

Wünschbar wäre auch eine grössere Aktivität der Basis. In der SPS gibt es eine Art Mitglieder, die in den Statuten gar nicht vorgesehen sind, nämlich Passivmitglieder, die nur ihre Mitgliederbeiträge bezahlen und sich um das Parteileben sehr wenig kümmern. Bei optimistischer Schätzung kommt man auf ungefähr 10 Prozent Einsatzbereite. Wenn dieser Anteil verdoppelt werden könnte, wäre das eine spürbare Stärkung des Aktionspotentials. Ein rühriges Parteivolk könnte auch stimulierend wirken auf die Tätigkeit der Fraktion. Die Genossinnen und Genossen, welche die Ehre haben, die Anliegen der Arbeiterschaft in der Bundesstadt zu vertreten, können nur dann mit Erfolg arbeiten, wenn sie in den Wählern eine gewisse Resonanz finden. In unserer Referendumsdemokratie bleibt glücklicherweise die Politik nicht auf das Parlament beschränkt. Ausserparlamentarische Opposition ist bei uns nicht ein moderner Importartikel, sondern eine sehr alte und bewährte Gepflogenheit. Ich würde absolut keinen Widerspruch darin sehen, wenn unsere Partei im Parlament die «Kunst des Möglichen» übe und ausserhalb des Parlamentes Initiativen unterstützte,

die wenig Aussicht auf Erfolg haben, jedoch geeignet sind, die im Volk schlummernden sozialistischen Tendenzen zu wecken und zu fördern.

Historische und opportunistische Parteien

Während die historischen Parteien ein Gesamtprogramm mit einer kompletten Auffächerung aller politischen Probleme präsentieren, gibt es politische Gruppierungen, die ihre Anstrengungen um ein Hauptproblem zentrieren. *Duttweiler* hat es seinerzeit verstanden, die Sorge um den täglichen Lebensunterhalt in den Mittelpunkt zu rücken. Er hat aus der Magenfrage eine politische Motivation konstruiert und aus dem elementaren Ernährungsbedürfnis politisches und anderes Kapital geschlagen.

Schwarzenbach zieht politischen Nutzen aus dem Unbehagen, welches die vielen Ausländer bei den Alteingesessenen verursachen. *Duttweiler* war in der Linkspresse lange als der Feind Nr. 1 angeschwärzt, ganz offensichtlich deshalb, weil er mit seinen Mitteln das erreicht hat, was die SP mit den ihren hätte erreichen sollen: die Verbesserung der Lebensbedingungen. Es fruchtete nicht viel, *Duttweiler* zu verfemen und zu verteufeln. Zahlreiche Arbeiter deckten sich in der Migros ein, wenn ihnen dort gegenüber dem Konsumverein oder dem LVZ ein Vorteil winkte. Die SPS hat Mühe, denen zu verzeihen, die das tun, was sie selber hätte tun sollen.

Schon gibt es Anzeichen, die darauf hindeuten, dass *Schwarzenbach* zum gefährlichsten Gegner der Linken promoviert wird. Ich betrachte das als einen groben *Fehler*. Man sollte nicht vergessen, dass am 7. Juni 1970 viele Arbeiter und Gewerkschafter ja gestimmt haben, und dass bei vielen loyalen SP-Leuten das Nein äusserst knapp ausgefallen ist. *Schwarzenbach* geniesst Sympathien in weiten Volkskreisen, weil er in der Fremdarbeiterfrage nicht nur *gewarnt*, sondern *gehandelt* hat. Das will nicht heissen, dass die SPS eine Überfremdungsinitiative hätte lancieren sollen, aber wenigstens hätte sie durch eine Initiative die Restriktionsmassnahmen erwirken können, die der Bundesrat im März 1970 beschlossen hat und die jetzt sozusagen alle Politiker, *Schwarzenbach* inbegriffen, vernünftig finden.

Es ist nicht richtig, nur die faschistenfreundlichen Äusserungen *Schwarzenbachs* in Betracht zu ziehen, ohne an die Tatsache zu erinnern, dass er im NR mehr als nur einmal mit der SP und der PdA votiert hat. Der eklatante Erfolg *Schwarzenbachs* darf uns nicht von unserem Hauptfeind ablenken. Der öffentliche Feind Nr. 1 ist wie vor fünfzig Jahren der Kapitalismus, und der Kapitalismus findet seine gefügigsten Lakaien bei den freisinnigen und konservativen Verwaltungsräten. Es sei nicht bestritten, dass die Freisinnigen über «gute Köpfe» verfügen. Dass man aber von guten Köpfen einen schlechten Gebrauch machen kann, ist leider eine alte Erfahrungstatsache, an die uns die Reaktionäre immer wieder erinnern. Es ist mit den guten Köpfen wie mit Datenverarbeitungsmaschinen. Der bestfunktionierende Computer spuckt falsche Resultate aus, wenn man ihn mit falschen Daten füttert. Es sei durchaus nicht verschwiegen, dass der Frei-

sinn sich heute sozialen Problemen gegenüber viel aufgeschlossener zeigt als vor etwa zwanzig Jahren. Seine etwas ranzig gewordene Ideologie speichert jedoch immer noch einen Wust von Vorurteilen, abergläubischen Hoffnungen, falschen Skrupeln und Kapitalhörigkeit, der ihn daran hindert, die Konsequenzen aus der wirklichen Situation zu ziehen. Braucht es dazu einige Erläuterungen? Die Freisinnigen versprechen in ihrer Wahl-literatur «eine humane Schweiz des menschlichen Masses». Das tönt sehr schön. Aber wie steht es denn mit der Eigentumsverteilung nach menschlichem Mass? Wo sind die Freisinnigen, die sagen, der Privatbesitz müsse mit den privaten Bedürfnissen in einem vernünftigen Verhältnis stehen? Wo sind die Freisinnigen, die es widersinnig und empörend finden, dass ein einzelner soviel verdient, dass von seinem Einkommen eine ganze Gemeinde leben könnte? Wieviel Vermögen braucht der Mensch? Über diese Frage nachzudenken wäre für gute Köpfe eine lohnende Aufgabe.

In seiner Olma-Rede bekannte Bundesrat Brugger freimütig: «Alles, was wir unternehmen, ist blossе Symptombekämpfung.» Leider hat er es versäumt, die Krankheit, an der die Schweiz leidet, beim Namen zu nennen. Ein Sozialist dürfte hier nicht so zimperlich sein. Er müsste offen erklären, dass die fragliche Krankheit Kapitalismus heisst. Mit ihm hängen so ziemlich alle Übel zusammen, die uns heute so zu schaffen machen: die Umweltverschmutzung, der Bodenverschleiss, die Bodenspekulation, die Teuerung, die Inflation, die Wohnungsnot. Fast alle Nöte sind auf die gedankenlose Fehlsteuerung der Wirtschaft zurückzuführen. Der Mangel einer vernünftigen Planung auf wirtschaftlichem Gebiet und in der Siedlungspolitik macht sich jeden Tag schmerzlich bemerkbar. Das Fehlen eines effektiven Bodenrechts ist höchst beunruhigend und wird als besonders stossend empfunden¹. Eine neue Bodenrechtsinitiative liegt sozusagen

¹ Hier hat unsere Fraktion in einem entscheidenden Augenblick versagt: Ich denke an die NR-Abstimmung über den Bodenrechtskompromiss, der nie die Zustimmung der Sozialdemokraten hätte finden sollen. Der Standpunkt der Parlamentarier, die sagen, ein schlechter Verfassungsartikel sei immer noch besser als gar keiner, kann nicht überzeugen. In gewissen Fällen mag ein wenig tauglicher Text die Ausgangsbasis für einen besseren darstellen. Das ist für den Bodenrechtsartikel bestimmt nicht der Fall. Dieser Artikel wurde am 14. September 1969 von 17½ % aller Stimmberechtigten angenommen und ist in der ganzen Verfassungsgeschichte sicher der lausigste Artikel, den unser Parlament je produzierte. Dieser höchst fragwürdige Bodenrechtskompromiss will sowohl die Spekulanten als auch ihre Opfer zufriedenstellen. Mit der Garantie des Privateigentums und dem Versprechen, allfällige Enteignungen vollständig zu entschädigen, wird ja dafür gesorgt, dass praktisch nichts geschieht. Das erbärmlich missratene Wortgefüge des Bodenrechts kommt mir vor wie die Fehlkonstruktion eines Wagens, an dem sämtliche vier Räder blockiert sind. Inzwischen hat sich eine Kommission zur Vorbereitung der entsprechenden Gesetze gebildet. Sie schafft einen möglicherweise sehr attraktiven Reiseplan für ein Vehikel, das nie starten wird. Während wir uns in Lammsgeduld fassen, müssen wir zusehen, wie die Zersiedelung des Landes fortschreitet und die Bodenspekulation immer dreister wird. Soll eigentlich das Antlitz der Heimat zur Unkenntlichkeit verstümmelt werden, bis endlich etwas geschieht?

in der Luft. Wenn die SPS hier nicht eingreift, ist es sehr wohl möglich, dass eine Aussenseitergruppe der SPS zuvorkommt und eine Bodenrechtspartei gründet, in der Natur- und Heimatschützer, geprellte Mieter und Wohnungsnotleidende sich zusammenfinden. Eine solche Partei könnte 1975 der SPS einige tausend Stimmen wegschnappen. Das welsche Mouvement populaire de la famille hätte sich nach seinem imponierenden Achtungserfolg als Partei etablieren können und wäre gewiss in der Lage gewesen, sich mit einigem Erfolg an den Wahlen zu beteiligen. Wenn das nicht geschehen ist, so nur deshalb, weil dieses Mouvement sofort die Unterstützung der PdA und der SPS gefunden hat, und vielleicht auch deshalb, weil kein «Duttweiler» und kein «Schwarzenbach» mit genügendem politischem Ehrgeiz zur Verfügung stand.

Partnerschaft als neue Formel?

Die Christlichdemokraten, früher katholisch-konservativ, sind zwar immer noch katholisch, aber konservativ sind sie nicht mehr. Der Konservatismus hat offiziell in der Schweiz zu existieren aufgehört. Um ihren Reformwillen jedermann ad oculos zu demonstrieren, begann die CVP ihre Erneuerungsbestrebungen dort, wo ein Durchbruch am schwierigsten ist, nämlich im Regierungssystem. Aus Koalitionsgesprächen sollte eine regierungsfähige Exekutive hervorgehen, sozusagen eine Kabinettsregierung nach ausländischem Vorbild. Wie jedermann voraussehen konnte, entpuppten sich die Koalitionsgespräche als ein spektakuläres Seifenblasenfestival. Das Koalitionsprogramm platzte sofort. Das einzige, was programmgemäss hätte platzen sollen, nämlich die Zauberformel, ging gestärkt aus den Verhandlungen hervor. Dort, wo die Seifenblase des Koalitionsvertrages geplatzt war, blieb nur ein feuchter Rückstand übrig, in welchem die Freisinnigen ihr verflossenes minimales Regierungsprogramm von 1967 wiedererkannten. Heute nennen sie es Partnerschaft und hoffen, dank der neuen Formel lasse sich die SPS auf Vordermann bringen.

Nun hat aber die Referendumsdemokratie ihre Tücken. Wenn einerseits die Parlamentarier keine Instruktionen entgegennehmen dürfen – so will es die Verfassung –, kann andererseits das Parteivolk nicht gezwungen werden, immer nach der Melodie seiner Parlamentsfraktion zu tanzen. Die SPS hat demnach sehr gut daran getan, Vorbehalte anzubringen und zu erklären, sich nur von Fall zu Fall entscheiden zu wollen. Eine vom Bürgerblock abweichende Haltung kann dort von vitaler Bedeutung sein, wo Volksinitiativen in der Luft liegen. Die SPS kann es sich nicht leisten, den Kampf gegen den Kapitalismus den Linksextremen zu überlassen.